

Votum für das freie Deutschland

Bundespräsident Lübke sprach vor dem diplomatischen Korps

Die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts für das Schicksal des deutschen Volkes und die friedliche Entwicklung der Welt hat Bundespräsident Lübke bei dem traditionellen Essen für das diplomatische Korps in Schloß Brühl hervorgehoben. Der Bundespräsident erklärte, jedes Land, das über

die vier Mächte hinaus seinen Botschafter nach Bonn entsende, unterstreiche damit seine Überzeugung, daß hier die frei gewählte und daher einzig legitime Regierung in Deutschland und für Deutschland zu finden ist.

Lübke versicherte, es erfülle ihn mit Zuversicht für die ge-

rechte Lösung des deutschen Problems, daß sich unter den Bonner Diplomaten so viele Vertreter junger Staaten befänden. Diese Staaten verdankten ihre Existenz dem Prinzip der Selbstbestimmung. Die Anwendung dieses Prinzips auf das künstlich geteilte Deutschland werde in Zukunft nur noch mehr Befürworter finden.

Lübke betonte, daß es nicht nur zu den Aufgaben eines Diplomaten gehöre, die Interessen des Heimatstaates zu vertreten, sondern daß die Botschafter auch bemüht sein müßten, bei ihren Regierungen und in ihrem Volk zuverlässige Vorstellungen über Deutschland zu erwecken.

Zu dem Empfang in Schloß Brühl waren die 99 in Bonn akkreditierten Missionschefs eingeladen.

Bundestag in der deutschen Hauptstadt

Das politische Geschehen hatte sich für einige Tage von Bonn nach Berlin verlagert. Neben dem Bundeskanzler waren die Bundesminister sowie rund 450 Bundestagsabgeordnete in Berlin.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Europa-Frage an. Bundeskanzler Erhard setzte sich für eine verstärkte politische Zusammenarbeit der sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein. In dieser Frage fanden, wie der Kanzler betonte, bereits enge Konsultationen mit Paris statt. Die übrigen Partnerstaaten werden in den nächsten Wochen mit den Plänen der Bundesregierung vertraut gemacht.

Den Anfang dieser Konsultationsrunde bildete der Besuch des niederländischen Mi-

nisterpräsidenten Marijnen und seines Außenministers Luns in Bonn. Der CDU-Fraktionsvorstand billigte bereits die Europa-Vorschläge der Bundesregierung.

Der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen erörterte die gesamtdeutsche Politik und beschloß diese Sitzung mit einer Informationsreise entlang der Zonen- und Berliner Grenzen.

Zonen-Wissenschaftler aus Dänemark ausgewiesen

Zehn Meeresforscher aus der Sowjetzone, die sich als Besatzungsmitglieder eines mittel-deutschen Schiffes getarnt hatten und offensichtlich an dem in Kopenhagen stattfindenden Kongreß ihrer Kollegen teilnehmen wollten, wurden nach dreitägigem illegalem Aufenthalt aus Dänemark ausgewiesen, teilte die Kopenhagener Polizei mit.



Bundeskabinett und Bundestag tagten im Reichstag

Das Land jenseits der Linie von Oder und Neiße ist deutsches Gebiet

Die Christlich-Demokratische und Christlich-Soziale Union vertritt in Übereinstimmung mit der Bundesregierung seit jeher den Standpunkt, daß die sogenannte Oder-Neiße-Linie nur eine Demarkationslinie zur Abgrenzung der sowjetischen Besatzungszone von jenem Teil Deutschlands ist, der durch das Potsdamer Abkommen (Abschnitt IX B) „bis zur endgültigen Regelung der Westgrenze Polens der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt“ worden ist. Nicht die Oder-Neiße-Linie ist die deutsche Ostgrenze, sondern die alte deutsch-polnische bzw. deutsch-litauische Grenze nach dem Stand vom 31. Dezember 1937. Das Land zwischen der Oder-Neiße-Linie und der deutschen Ostgrenze von 1937 — Ostdeutschland — ist deutsches Gebiet. Die Entscheidung über die künftige deutsch-polnische Grenze und über das Schicksal der ostdeutschen Landesteile ist Sache eines Friedensvertrages zwischen den ehemaligen Siegermächten und der deutschen Regierung. Das Potsdamer Abkommen sieht ausdrücklich vor (Abschnitt II Ziffer 3), daß ein Friedensvertrag mit Deutschland zu schaffen und für seine Annahme eine Regierung zu bilden ist. Diese Regierung muß eine gesamtdeutsche Regierung sein; das Potsdamer Abkommen spricht von nur einer, nämlich „der Regierung Deutschlands“.

Die gemeinsame Erklärung der vier Mächte vom 5. Juni 1945 geht aus von „Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden“. Dasselbe tut sinngemäß das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Beide Deklarationen sind nach der bedingungslosen Kapitulation erlassen. Auch das am 26. Juli 1945 in London abgeschlossene

Viermächte-Zusatzabkommen zum Besatzungszonen-Abkommen vom 12. September 1944, durch das Frankreich eine Besatzungszone zugeteilt wurde, bezeichnet die Grenze vom 31. Dezember 1937 als die deutsche Grenze.

Die Tatsache, daß die Siegermächte selbst unmittelbar nach dem Zusammenbruch und seines totalen Auslieferungseins, festgehalten haben

- an Deutschland in den Grenzen von 1937,
- an der Notwendigkeit eines deutschen Friedensvertrages, der von einer deutschen Regierung zu unterzeichnen ist,
- an der endgültigen Regelung der deutschen Ostgrenze erst durch einen deutschen Friedensvertrag,

gibt den Rechten Deutschlands auf einen Friedensvertrag, auf eine gesamtdeutsche Regierung, auf eine vertragliche Regelung der ostdeutschen Grenze besondere Qualität. Die Bundesregierung kann sich mit vollem Recht gegen die Zumutung einer Verzichtserklärung verwehren. Gegen die Behauptung der Kritiker, 20 Jahre polnischer Herrschaft über Ostdeutschland hätten auch neue Rechtsrealität entstehen lassen, ist zu sagen, daß die Verweigerung eines deutschen Friedensvertrages und einer gesamtdeutschen Regierung und damit die Verhinderung einer einvernehmlichen Regelung der deutsch-polnischen Grenze nicht von Deutschland zu verantworten ist.

Eine Entscheidung über so wichtige Grenzfragen wie die der ostdeutschen Grenze kann rechtlich und politisch nur dann wirksam sein, wenn die zuständige Regierung von ihrem ganzen Volk demokratisch dazu legitimiert ist. Partner eines deutschen Friedensvertrages und der damit nach dem Potsdamer Abkommen zu verbindenden Grenzregelung muß auf deutscher Seite eine gesamtdeutsche Regierung sein, die vom ganzen deutschen Volk demokratisch einwandfrei beauftragt und bevollmächtigt ist. Eine solche gesamtdeutsche Regierung gibt es bisher nicht, ihre Bildung wird durch die sowjetisch-kommunistische Diktatur über Mitteleuropa verhindert. Die sowjetische Teilungspolitik selbst blockiert den Weg zum Friedensvertrag und

zu einer völkerrechtlich einwandfreien Regelung der Frage der deutschen Ostgrenze.

Die Forderung nach Vorweg-Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze wird verschiedentlich begründet mit der Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten und zu sichern. Dazu bedarf es aber keiner Vorwegnahme einer Regelung, die den Friedensverhandlungen und dem Friedensvertrag vorbehalten ist.

Die deutsche Politik zielt auf eine Änderung des durch einseitige Akte geschaffenen Status quo in Mitteleuropa. Dieses Ziel ist legitim, denn der jetzige Zustand der gewaltsamen Teilung Deutschlands durch Mauer, Stacheldraht und Minenstreifen verstößt gegen die international anerkannten Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes und der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse, gegen wesentliche menschliche Grundrechte sowie gegen Völkerrecht und -moral. Eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze wäre insoweit eine Anerkennung des gewaltsam geschaffenen und aufrechterhaltenen Status quo. Der Status quo würde verfestigt. Dies aber geht gegen die Grundrichtung der deutschen Politik und ist deshalb nicht zumutbar.

Eine endgültige, vorweg ausgesprochene Anerkennung der Oder-Neiße-Linie würde überdies die Sowjetunion erfahrungsgemäß nur zu neuen Forderungen nach weiteren einseitigen Zugeständnissen ermuntern und zu verstärktem politischem Druck in solcher Richtung führen. In Polen wiederum würde der Erfolg, der in einem deutschen Verzicht gesehen würde, nicht der Friedensliebe und Einsicht der Deutschen zugute gehalten werden, sondern der Macht und Härte der Sowjetunion.

Ziel der deutschen Politik und Wunsch des deutschen Volkes ist, gerade auch zu Polen ein dauerhaftes und festgegründetes Verhältnis der Freundschaft und des Friedens, so wie es zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen gelungen ist. Ein solches Verhältnis, stabil, konstruktiv, ist nur möglich auf der Basis echter Ver-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Die Sonderschau war der Magnet

Zufriedene Aussteller am Funkturm — Fast 425 000 Besucher

Die Deutsche Industrieausstellung Berlin 1964 ist tot — es lebe die Deutsche Industrieausstellung Berlin 1965! Die diesjährige Großschau am Funkturm wird allen in guter Erinnerung bleiben: Der Ausstellungsleitung, die mit 424 500 Besuchern die Vorjahreszahl um fast 100 000 überschritten meldet; den Ausstellern, die nach einer Umfrage das geschäftliche Ergebnis „sehr beachtlich“ nannten, und den Berlinern, die die bunteste Industrieausstellung sahen, die es je auf dem Messengelände gab.

Der Erfolg für die Berliner Ausstellungen ist nicht zuletzt auf die Teilnahme der „Partner des Fortschritts“ zurückzuführen. Die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas haben der Industrieschau am Funkturm wieder mehr Farbe gegeben, haben sie zu einer „kleinen Weltausstellung“ gemacht, wie sie ein Besucher scherzhaft übertreibend nannte. Wenn im nächsten Jahr auch noch die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas

dazukommen, dann ist tatsächlich die große weite Welt am Funkturm versammelt.

Die Steigerung der Besucherzahl ist wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, daß diesmal wieder die **Autoindustrie** und die **Rundfunk-, Fernseh- und Phonoindustrie** vertreten waren, die 1963 gefehlt hatten. Auch der große Besucherstrom aus dem Ausland machte sich auf die Rekord-

zahl bemerkbar: Gäste aus 74 Ländern wurden registriert.

Der große Magnet der diesjährigen Industrieausstellung war zweifellos die Sonderschau der lateinamerikanischen Länder in der Deutschlandhalle. Alle zwanzig daran teilnehmenden Länder sind mit den Verkaufsergebnissen und den neu geschaffenen wirtschaftlichen Kontakten so zufrieden, daß sie den Wunsch geäußert haben, auch im nächsten Jahr wieder am Funkturm vertreten zu sein.

„Ebenso wie bei den Lateinamerikanern waren es hauptsächlich kunstgewerbliche Gegenstände, die das Interesse der Käufer fanden“, das ist der Kommentar der afrikanischen und asiatischen Aussteller, die nach ihren eigenen Worten Berlin „mit realen wirtschaftlichen Erfolgen“ verlassen haben.

Das Land jenseits der Linie von Oder und Neiße . . .

(Fortsetzung von Seite 2)

ständigung, das heißt gegenseitigen Verständnisses und beiderseitigen Entgegenkommens. Man weiß in Polen, wie tief der Versuch der Annexion der ostdeutschen Gebiete die Deutschen trifft. Dies ist ja der Grund, weshalb Polen so sehr darauf drängt, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gerade auch von der Bundesrepublik zu bekommen, obwohl sie gar nicht an Polen grenzt. In der Tat wird nur jene deutsch-polnische Grenze eine Friedensgrenze sein, die von beiden Seiten, von beiden Völkern in freier Entscheidung anerkannt wird. Dies ist das Ziel. Ein erpreßter deutscher Verzicht auf die deutschen Ostgebiete würde letzten Endes Polen gar nichts nützen, denn einem solchen Verzicht würde die innere Glaubhaftigkeit fehlen; infolgedessen würde er Polen gar nicht die Sorge vor deutschem Revisionismus nehmen. Die Spekulation, Polen würde durch eine irgendwie erzwungene deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze freier gegenüber der Sowjetunion, ist deshalb auch äußerst fragwürdig.



Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke, der Berliner Senator für Wirtschaft, Prof. Schiller, und der Wirtschaftsminister der Republik Guatemala (von links nach rechts) am Ausstellungsstand Guatemalas



Dr. Johann Baptist Gradl
MdB

Anderthalb Jahrzehnte sind seit jenem 7. Oktober 1949 vergangen, an dem im sowjetischen Besatzungsbereich die sogenannte DDR errichtet worden ist. Das, was jetzt in Ost-Berlin mit viel Aufwand an Feiern und Reden begangen wird, ist in Wahrheit das Jubiläum einer Mißgeburt, eines Regimes, das sich nur unter dem Schutz sowjetischer Gewalt und durch systematische Unterdrückung und Verfälschung des Willens der Bevölkerung etablieren konnte.

Schon im Dezember 1945 erzwangen die Sowjets die Absetzung der ersten CDU-Führung der Zone. Andreas Hermes und Walther Schreiber mußten gehen, weil sie der Bolschewisierung widersprachen. Bald danach, im Frühjahr 1946, wurde die Sozialdemokratische Partei in der Zone durch List und Gewalt mit der Kommunistischen Partei zur Einheits-

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Karl Grosse, Berlin 42, Streitstraße 266.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Bichthofen-Straße 2

15 Jahre Separatismus

partei vereinigt. Wieder ein Jahr später, Ende 1947, wurde die CDU-Führung der Zone erneut mit Gewalt abgesetzt; die Sowjets verwehrten Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und dem Hauptvorstand die Weiterarbeit. Im Mai 1949 schließlich wurden gegen das Gesetz Wahlen mit Einheitsliste durchgeführt, um eine Legitimation für die Gründung des Separatstaates zu erlangen. Übrigens kam man trotz Einheitsliste, Terror und Fälschung nur auf 61 Prozent Ja-Stimmen.

Auf solchem Boden konnte kein echter demokratischer Staat entstehen. Deshalb ist es dem Zonenregime auch bis heute nicht gelungen, außerhalb des kommunistischen Lagers als deutscher Staat anerkannt zu werden. Man brüstet sich in Ost-Berlin, daß zur 15-Jahres-Feier Delegationen aus aller Welt kämen. Tatsächlich sind es nur Delegationen kommunistischer Parteien, die aus der übrigen Welt gekommen sind.

Selbst in fünfzehn Jahren totaler Macht ist es dem Zonenkommunismus nicht gelungen, die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Mauer und Stacheldraht, Minenfelder und Starkstromsperrn, Wachtürme und Wachhunde sind die wahren Symbole dieser angeblich

demokratischen Republik, die ihr Volk einsperren muß, damit es nicht davonläuft. Diese Instrumente gewaltsamer Trennung sind die durch keine Feier zu tarnenden Beweise dafür, daß diese angebliche Republik eben nicht vom Volkswillen getragen, daß sie nicht souverän ist.

Ein Regime, das gegen die eigenen Menschen einen Schießbefehl braucht, nur um sie am Weggehen zu hindern, hat keine echte eigene Kraft. Für seine eigenen Freunde ist es eine Last, für den Kommunismus ist es eine weltweit wirkende Blamage. Auch die Sowjetunion wird eines Tages einsehen, daß Deutschland nicht durch das Zonenregime dargestellt wird und daß nur mit einem freien, geeinten deutschen Volk Freundschaft, Friede und Sicherheit zu gewinnen sind. Diese Überzeugung zu vermitteln und zu bekräftigen, ist die ebenso große wie drängende Aufgabe der Politik der Bundesrepublik.

Fünfzehn Jahre „DDR“ sind fünfzehn Jahre Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes, sind fünfzehn Jahre Spaltung des deutschen Landes. Die Herzen des deutschen Volkes aber sind eins geblieben. Und Herzen sind auf die Dauer stärker als Mauern und Stacheldraht.

Erstes US-Atom-U-Boot mit „Polaris A 3“-Raketen ausgelaufen

Die „Daniel Webster“, das erste mit „Polaris A 3“-Raketen ausgerüstete amerikanische U-Boot ist am Montag von dem „Polaris“-U-Boot-Stützpunkt in Charleston (Südkarolina) ausgelaufen. Die neue Rakete hat eine Reichweite von rund 4500 Kilometern. Ihr Aktionsradius ist damit doppelt so groß wie der der zuerst entwickelten „Polaris“-Raketen.

Bundesrepublik an zweiter Stelle

Mit der Produktion von 41,8 Mill. t Hütten- und Zechenkoks 1963 ist die Bundesrepublik nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Kokserzeuger in der Welt. In den USA wur-

den im Berichtsjahr 52,5 Mill. t erzeugt. Die gesamte Koks-erzeugung in der Welt beträgt nach Angaben der Oberbehörde der Montanunion jetzt 287,6 Mill. t; 1954 waren es 211,4 Mill. t.

Niedrigste Arbeitslosigkeit

Die Bundesrepublik hat mit 0,8 % die niedrigste Arbeitslosenquote unter den westlichen Ländern. Wie das Deutsche Industrieinstitut, Köln, errechnete, liegt die Arbeitslosigkeit in den Niederlanden und in Japan jeweils mit 0,9 % aller Beschäftigten nur wenig höher. Für Schweden werden 1,4 %, für Belgien 2,3 %, für Italien 2,5 % und für Österreich 2,9 % angegeben. In Dänemark beträgt die Arbeitslosenquote 4,3 %, in Kanada 5,5 % und in den USA 5,7 %.